

## Sitzungsniederschrift

### 27. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: <b>Kreisvolkshochschule Aurich, Oldersumer Str. 65, 26603 Aurich (Haus A, Raum 208)</b>		
Sitzungsdatum: <b>06.10.2015</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>16:52 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	
Busker, Hinrich	SPD	Vertretung für Herrn Hans Forster
Carow, Johanne	FW	
Dirks, Friederike	CDU	
Frerichs, Theo	CDU	
Ihnen, Hermann	SPD	
Kleen, Barbara	SPD	
Odens, Roelf	CDU	
Saathoff, Anneliese	GRÜNE	Vertretung für Frau Angelika Albers
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
<b>Grundmandat</b>		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Borm, Hans-Joachim		
Gerdes, Richard		
Hülsebus, Dieter		
Pieschke, Bärbel		

Tobiassen, Bernd

**Verwaltung**

Christoffers, Dieter	Leiter des Sozialamtes
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Müller, Michael	stv. Leiter des Sozialamtes
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Seemann, Volker	Abteilungsleiter Allgemeine Sozialhilfe

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

Albers, Angelika	GRÜNE
Forster, Hans	SPD

**Beratende Mitglieder**

Cordes, Andrea

**Verwaltung**

Heeren, Eimo Dr.	Leiter des Amtes für Gesundheitswesen
Schäfer, Marcel	Protokollführer

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.07.2015 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
7. Fortsetzung Verhütungsmittelfonds  
Vorlage: VIII/2015/175
8. Antrag des Deutschen Roten Kreuz -Kreisverband Aurich- auf einen Zuschuss zur Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit  
Vorlage: VIII/2015/170
9. Einwohnerfragestunde
10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11. Schließung der Sitzung



Öffentlicher Teil:

**TOP 1            Eröffnung der Sitzung**

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:03 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

---

**TOP 2            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

---

**TOP 3            Feststellung der Tagesordnung**

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

---

**TOP 4            Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.07.2015 - öffentlicher Teil -**

**Die Niederschrift vom 20.07.2015 - öffentlicher Teil - wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11            Nein-Stimmen: 0            Enthaltungen: 2

➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 5            Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 6            Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**

**Gleichstellungsbeauftragte Jelden** berichtete in dieser Sitzung erneut zu den internen und externen Aufgaben, die durch sie und die stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte Krantz-Rewerts wahrgenommen werden.

Sie stellte zunächst dar, welche zentralen Themen in den vergangenen Jahren aufgegriffen wurden.



Hierzu zählen insbesondere

- die Förderung der Familienfreundlichkeit, hier speziell die Förderung einer verlässlichen Ferienbetreuung,
- Einführung eines Verhütungsmittelfonds,
- Frauen in die Kommunalpolitik,
- die Durchführung eines Selbstbehauptungstrainings an Förderschulen,
- die Einführung familienfreundlicher Maßnahmen in der Verwaltung.

Zu dem letzten Punkt wies **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** auf ihre Mitarbeit bei der Dienstvereinbarung zur Telearbeit hin, die zum 01.05.2015 eingeführt wurde. Sie ergänzte, dass aktuell für 12 Mitarbeiter/innen Telearbeit genehmigt wurde und sich ein weiterer Antrag derzeit im Genehmigungsverfahren befindet.

Sie wies auch auf regelmäßig erfolgte und begleitete Aktionstage hin, wie beispielsweise den Internationalen Frauentag, den Equal-Pay-Day oder den Tag gegen Gewalt an Frauen.

Zum Abschluss ihres Berichtes gab **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** einen Ausblick auf das Jahr 2016. Zentrale Aufgaben und Ziele ihrer Tätigkeit werden dann sein,

- die Organisation von Deutschkursen für weibliche Flüchtlinge,
- die dauerhafte Einrichtung eines Netzwerkes „Frauen und Kommunalpolitik“,
- Aufarbeitung des Rollenbildes von Frauen und Männern in der Gesellschaft,
- Aktionen zu Cybermobbing.

**Abgeordnete Saathoff** wies darauf hin, dass Frauen in der Politik häufig anders behandelt bzw. angegriffen werden als Männer. Dieser Thematik bzw. der Vorbereitung von Frauen für diese Aufgabe sollte sich die Gleichstellungsbeauftragte auch annehmen. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** warnte davor, dass durch entsprechende Förder- und Fortbildungsangebote für Frauen, die sich in die Politik einbringen wollen, eine Hemmschwelle aufgebaut werden könnte.

**Abgeordnete Altmann** erkundigte sich nach dem Verfahrensstand sowie nach Daten und Zahlen zum Qualitätssiegel "Familienfreundlicher Arbeitgeber". **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** erklärte hierzu, dass wegen der derzeitigen Haushaltslage die Fraktionen um eine Zurückstellung einer Entscheidung über dieses Zertifizierungsverfahren gebeten haben. Sie ergänzte, dass das Zertifizierungsverfahren wegen den vielen Außenstellen des Landkreises Aurich mindestens 12.000,00 € kosten wird. **Abgeordnete Altmann** warb dafür, dass diese Zertifizierung weiterhin auf der Agenda bleiben müsse.

**Gleichstellungsbeauftragte Jelden** beendete ihren Vortrag mit einem Gesprächsangebot an alle Kreistagsfrauen.

---

TOP 7

**Fortsetzung Verhütungsmittelfonds**  
**Vorlage: VIII/2015/175**

**Gleichstellungsbeauftragte Jelden** berichtete über den Werdegang des Verhütungsmittelfonds, die Inanspruchnahme, die Entwicklung der Antragszahlen, die Verhütungsmethoden, Alter der Klientinnen/Klienten, die Finanzierung, die Situation im Landkreis Aurich und die Perspektive.

Sie erläuterte, dass seit Einführung des Verhütungsmittelfonds zum 01.05.2012 jährlich ca. 140 Anträge auf die Bezuschussung von Verhütungsmitteln gestellt wurden. Dabei wies sie insbesondere darauf hin, dass der Anteil von Verhütungsmitteln, deren Wirkdauer drei Jahre und mehr betrage, von 52 % im Jahr 2012 auf 66,3 % im Jahr 2014 angestiegen sei.

**Gleichstellungsbeauftragte Jelden** erklärte die Verfahrensweise und –abläufe zur Erlangung der Bezuschussung und wies hierzu darauf hin, dass sich die Zusammenarbeit mit den Diakonischen Werken Aurich und Norden als vorteilhaft erwiesen habe, da die Mitarbeiterinnen über umfangreiche Erfahrungen mit der Beratung von Klientinnen und Klienten in sozialen Problemlagen verfügen. Gleichzeitig wäre durch die dortige Beratung die Hemmschwelle für Klientinnen und Klienten geringer, als wenn die Beratung durch Mitarbeiter des Landkreises Aurich erfolgen würde.

Sie bedankte sich bei der Diakonie für die gute und reibungslose Zusammenarbeit und warb abschließend für eine Fortführung des Verhütungsmittelfonds.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Sievers** und **Saathoff** wurden noch haushaltsrechtliche Auswirkungen und rechtliche Bedenken geklärt.

Sodann empfahl der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung dem Kreisausschuss einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

**Der Landkreis Aurich gewährt für die Jahre 2016 und 2017 weiterhin Zuschüsse aus dem Verhütungsmittelfonds. Frauen und Männer ab Vollendung des 20. Lebensjahres, die ihren ersten Wohnsitz im Landkreis Aurich haben, und seit mindestens drei Monaten Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen, können Zuschüsse aus diesem Fonds beantragen. Auf die Leistung besteht kein Rechtsanspruch, sie wird im Rahmen der hierfür im Haushalt vorgesehenen Mittel gewährt. Der Landkreis Aurich stellt dafür Mittel in Höhe von 30.000,00 € bereit. Die Beratung der Klientinnen und Klienten, sowie die Abrechnung mit behandelnden Ärztinnen und Ärzten werden von den Diakonischen Werken der ev.-luth. Kirchenkreise Aurich und Norden übernommen, denen für diese Leistungen jährlich ein Betrag in Höhe von insgesamt 3.500,00 € gezahlt wird.**

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➡ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 8**

**Antrag des Deutschen Roten Kreuz -Kreisverband Aurich- auf einen Zuschuss zur Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit**  
**Vorlage: VIII/2015/170**

**Herr Tobiassen** erklärte, dass das Deutsche Rote Kreuz –Kreisverband Aurich- die Migrationsberatung für junge Zuwanderer, die Integrationsberatung sowie die Flüchtlingssozialarbeit in Aurich durchführt.

Für diese Tätigkeiten sind derzeit 2 Vollzeitstellen eingerichtet, die mit den Mitarbeiter/innen Elke Bönstrup, Margret Oncken-Kruse und Bernd Tobiassen besetzt sind.



**Herr Tobiassen** stellte dar, dass derzeit etwa 50 – 70 Beratungsgespräche wöchentlich stattfinden. Aus diesen Gesprächen erwachsen dann Folgeaufgaben, wie beispielsweise Nachfragen beim Jobcenter, Ausländeramt, Erledigung von GEZ-Anfragen, Klärung von Familiennachzugsverfahren, etc..

Zur Finanzierungssituation ergänzte **Herr Tobiassen**, dass den entstehenden Personalkosten Zuwendungen des Bundes, des Landes und des Landkreises Aurich gegenüberstehen. Diese Zuwendungen werden seit mehreren Jahren in dieser Höhe gezahlt und sind nicht kostendeckend. Aktuell gibt es eine Finanzierungslücke von etwa 16.215,48 €.

**Vorsitzende Kleinert** unterbrach die Sitzung von 16.13 bis 16.16 Uhr, um Herrn Arends, DRK Kreisverband Aurich, das Wort zu erteilen.

**Grundmandatsträgerin Seelgen** wies darauf hin, dass der Landkreis Aurich bislang eine jährliche Zuwendung von 7.400,00 € gezahlt hat. Mithin würde sich die finanzielle Auswirkung auf den Haushalt des Landkreises auf etwa 23.700,00 € belaufen. Ihres Erachtens müssen Bund und Land die jeweiligen Zuwendungen anpassen. Sie bemängelte, dass die Eigenmittel, die das DRK für die Migrations- und Flüchtlingsarbeit einsetzt, nicht dargestellt wurden.

**Herr Tobiassen** erklärte hierzu, dass das Land eine Erhöhung der Zuschussleistungen angekündigt hat.

**Vorsitzende Kleinert** unterbrach erneut die Sitzung von 16.23 bis 16.24 Uhr, um Herrn Arends, DRK Kreisverband Aurich, das Wort zu erteilen.

**Abgeordnete Kleen** bat um Verweisung dieses Tagesordnungspunktes in die Fraktionen.

**Abgeordnete Altmann** gab zu bedenken, dass sich diese gesamte Beratungsarbeit durch die mögliche Belegung der Blücher-Kaserne zukünftig verändern könnte. Sie betonte die Wichtigkeit und die gute Qualität der bislang geleisteten Arbeit. Weiter erkundigte sie sich nach der Abgrenzung zu den Beratungsleistungen, die im Rahmen der aktuellen Konzeption durch die Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden erbracht werden.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** antwortete, dass es sich bei den Beratungen des DRK und der Kreisvolkshochschulen um komplementäre Systeme handele. Die Aufgaben der Kreisvolkshochschulen haben andere Inhalte und werden sich vorwiegend auf die Sprachförderung, die beruflichen Perspektiven und die Integration beziehen. Insgesamt müsse sich eine koordinierte Aufgabenwahrnehmung entwickeln.

**Herr Tobiassen** ergänzte hierzu, dass es seit Jahren eine enge Zusammenarbeit mit den Kreisvolkshochschulen gibt.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig,

**Abgeordnete Saathoff** war in der Zeit von 16:25 bis 16:35 Uhr nicht anwesend.

**Herr Tobiassen** bot an, die Migrations- und Flüchtlingsarbeit des Deutschen Roten Kreuzes –Kreisverband Aurich- in den Fraktionen vorzustellen.



**den Antrag des Deutschen Roten Kreuzes –Kreisverband Aurich- auf Erhöhung des bisherigen Zuschusses von 7.400,00 € um 16.300,00 € auf 23.700,00 € zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.**

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 9      Einwohnerfragestunde**

Wortmeldungen lagen nicht vor.

---

**TOP 10      Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

**Grundmandatsträgerin Seelgen** bat darum, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der nächsten Sitzung über den Stand der Arbeit der informellen Arbeitsgruppe zur Einführung einer Landkreis-Card für sozial schwache Personen informiert werde.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

---

**TOP 11      Schließung der Sitzung**

**Vorsitzende Kleinert** schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.35 Uhr.

---

gez. Kleinert  
Vorsitzende

gez. Müller  
Protokollführer

---